



Bildungsreform

Mehr Wirtschaft in den Schulen

Für 17. November plant die Regierung, die Bildungsreform zu präsentieren. 20 Organisationen, auch Unternehmervertreter, sagen, dass Schule weniger Verwaltung und mehr Wirtschaft braucht.

WIEN. Zwei Monate hat die Regierung für den nächsten Bildungsreform-Schritt noch Zeit. Nicht viel, denn die von der Industriellenvereinigung (IV) ins Leben gerufene Plattform Neustart Schule steckt die Ziele hoch. Vertreter von 20 Organisationen aus der Zivilgesellschaft, darunter der Verein Wirtschaft für Integration (VWfI), die Junge Industrie (JI), die Wirtschaftskammer (WK) und Bildungsexpertinnen und -experten, fordern ein Umschichten der Bildungsmilliarden weg von der Verwaltung hinein in die Klassen – mehr Wirtschaft in der Schule, und das in mehrfacher Hinsicht.

Bildungsreform notwendig

Die Bildungsreform ist IV-Präsident Georg Kapsch ein gesellschaftspolitisches Anliegen: „Wenn wir alles so belassen, wie es ist, haben wir bald ein Auseinanderklaffen der sozialen Gruppen.“ Aber auch die österreichische Wirtschaft brauche die Reform: „Österreich hat kaum Standortvorteile, von Forschungsprämien mal abgesehen. Umso

wichtiger ist es, gut gebildete Menschen zu haben, um die Wertschöpfungskette zu halten.“

Für den Industriellen Hannes Androsch, der vor vier Jahren das Volksbegehren Bildungsinitiative anregte, ist „Bildung der Rohstoff des 21. Jahrhunderts“. Aber: „Leider versickert viel von unseren überdurchschnittlichen Ausgaben in unsinnigen Parallelstrukturen.“ Geld, das man für die Qualifikationswende, die der digitalen Wende gerade jetzt folgen müsse, brauche.

800 Millionen € versenden

Alle Neustart-Schule-Vertreter wollen nicht Geld sparen, sondern die Mittel besser einsetzen. Michael Landertshammer, Leiter der Wirtschaftskammer-Bildungspolitik, rechnet vor, dass eine Reduktion von Verwaltungsebenen von acht Milliarden €, die in Österreich jährlich ins Schulsystem fließen, rund zehn Prozent, also 800 Millionen €, freischaufeln könnte – „sofern wir von den Niederländern lernen und die vielen Ebenen auf schlankere Supporteinheiten reduzieren“.



“

Wir wollen Freiheit für die Schulen und eine Verschlinkung der Verwaltung.

Georg Kapsch
Präsident der Industriellenvereinigung



Leider versickert viel von unseren überdurchschnittlichen Ausgaben in unsinnigen Parallelstrukturen.

Hannes Androsch
Initiator des Bildungsvolksbegehrens



Man muss das Ziel von Schule neu definieren. In Firmen weiß man auch vorher, welches Produkt man herstellen will.

Christa Koenne
Bildungsexpertin an der Uni Wien

Geht es nach den Erwartungen der Plattform an die Regierung, agieren Schulen künftig innerhalb eines Bundesrahmens weitgehend autonom. Direktoren entscheiden als Manager freier als heute über Finanzen und Personal. Elementare Bildung in Kindergärten sei ins System zu integrieren: „Heute hängt die Qualität vom Wohnort ab“, kritisiert JI-Vorsitzende Therese Niss. Sie fordert: „Weg mit dem Föderalismuswahnsinn!“

Schule neu denken

Georg Kraft-Kinz, Generaldirektor-Stellvertreter der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien und VWfI-Obmann, stellt zudem fest: „In unseren Schulen muss man ganz viel wissen, aber wenig verstehen. Vernetztes Denken, wie die Welt funktioniert, kommt in den Silos an Schulfächern nicht vor.“ Auch für Bildungsexpertin Christa Koenne ist mehr Orientierungswissen wichtig: „Jus, Wirtschaft, Kommunikation – damit Schüler Expertenwissen später für eigene Entscheidungen nutzen können.“ Das Ziel von Schule müsse vorab aber neu definiert werden: „In Firmen weiß man auch vorher, welches Produkt man herstellen will.“

MARTINA MADNER
martina.madner@wirtschaftsblatt.at